

Lukas Boehnke · Malte Thran
Jacob Wunderwald *Hrsg.*

Rechtspopulismus im Fokus

Theoretische und praktische
Herausforderungen
für die politische Bildung



Springer VS

Rechtspopulismus im Fokus

Lukas Boehnke · Malte Thran
Jacob Wunderwald
(Hrsg.)

Rechtspopulismus im Fokus

Theoretische und praktische
Herausforderungen
für die politische Bildung

Hrsg.

Lukas Boehnke
Merseburg, Deutschland

Jacob Wunderwald
Merseburg, Deutschland

Malte Thran
Merseburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-24298-5 ISBN 978-3-658-24299-2 (eBook)
<http://doi.org/10.1007/978-3-658-24299-2>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
<i>Lukas Boehnke, Malte Thran und Jacob Wunderwald</i>	
Defizitäre Populismusbegriffe: Von der Defizitperspektive zur ideologietheoretischen Analysekompetenz	9
<i>Lukas Boehnke und Malte Thran</i>	
Der ›Rechtsruck‹ und seine Gründe	31
<i>Jack Weber</i>	
Die „Europäisierung“ rechter Nationalparteien. Der Front National, die Alternative für Deutschland und die Idee von Europa	51
<i>Leoni J. Keskinilic</i>	
„Die neue deutsche Soziale Frage“ – Armut und Sozialstaatsversagen als Grund für rechtspopulistischen Erfolg?	73
<i>Ina Schildbach</i>	
Rechter Kulturkampf heute: Identitätskonstruktion und Framing-Strategien der Identitären Bewegung	89
<i>Lukas Boehnke</i>	
Zur Ästhetik der Identitären Bewegung	115
<i>Jan Batzer</i>	
Jugend an die Macht – Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen „Identitäre Bewegung“ und „KontraKultur“	135
<i>Eva Grigori und Jerome Trebing</i>	
Linkspopulismus als Antwort auf rechten Populismus? – Eine kritische Betrachtung	157
<i>Josef Kraft und Sofia Sboui</i>	
Die Ängste der Leute ernst nehmen? Das rechtspopulistische Heartland und dessen affektive Wirkmacht als Problem für die politische Bildung	179
<i>Lasse von Bargaen</i>	

Die Aporie der politischen Bildung in Bezug auf Populismus und Extremismusprävention <i>Nico Wangler</i>	199
Rechtspopulismus im Kontext rechter Ideologie und dessen Einfluss auf die „Mitte“ der Gesellschaft – Aufgabe, Funktion und Interventionspotenzial politischer Bildung <i>Lara Möller</i>	215
Erzählungsbezogene Ansätze der Jugendarbeit Zur Arbeit an lebensweltbasierten Ablehnungshaltungen <i>Kai Dietrich</i>	233
Rechtspopulismus, antidemokratische Haltungen und Positionen handlungsorientiert reflektieren – Querschnittsaufgabe und Arbeitsprinzip in der Erwachsenenbildung <i>Erik Weckel</i>	253



Einleitung

Lukas Boehnke, Malte Thran und Jacob Wunderwald

Das gegenwärtige Erstarken rechtspopulistischer Parteien, Bewegungen und Strömungen ist in vielen Gesellschaften brisante Realität. Während in Deutschland rechtspopulistische Akteure seit den verstärkten Fluchtbewegungen 2015 Erfolge verzeichnen, sind sie in verschiedenen Nationen wie in Polen oder den USA in der Regierung vertreten. Dass dieses Phänomen im öffentlichen Diskurs mit der Kategorie Rechtspopulismus gefasst wird, ist insbesondere in Deutschland allerdings noch eine sehr neue Entwicklung. So wurde die PEGIDA-Bewegung anfangs beispielsweise noch als ‚Wutbürger‘, ‚Nazis in Nadelstreifen‘, ‚Rassisten‘ oder ‚Neue Rechte‘ bezeichnet.¹ In den Sozialwissenschaften hingegen wird mit der Kategorie Rechtspopulismus schon seit Jahrzehnten ein vielfach untersuchtes Phänomen beschrieben (vgl. Decker 2006: 9). Charakteristisch für Rechtspopulismus ist unter anderem die politische Gestaltung einer Grauzone zwischen konservativ-demokratischen und klar rechtsextremistischen Positionen. Das bedeutet allerdings nicht, dass diese Positionen nur am Rand der Gesellschaft aufzufinden wären – rechte Positionen sind in der „Mitte“ der Gesellschaft seit Jahrzehnten nachweisbar.²

Von der politischen Bildung wird Rechtspopulismus als Herausforderung und bisweilen auch als Bedrohung für die Demokratie gefasst. Rechtspopulismus gilt als Krisenphänomen der repräsentativen Demokratie, wobei der Deutungsraum von zwei diskursiven Hauptlinien bestimmt wird. Einerseits erscheint Rechtspopulismus als *Ursache* einer Krise der demokratischen Repräsentation, andererseits gilt er nur als *Symptom* einer Repräsentationskrise. Was Populismus genau

-
- 1 Wir verzichten der besseren Lesbarkeit wegen auf eine geschlechtersensible Schreibweise. Wenn nicht Männer, Frauen oder Andere zu inhaltlich-argumentativen Zwecken besonders hervorgehoben werden, sollen damit stets alle Geschlechter angesprochen werden. Die Autorinnen und Autoren sind zu einem reflektierten und sensiblen Umgang mit u.a. Geschlechterkategorien aufgefordert und können selbst entscheiden, welchen Prinzipien und Sprachregeln sie in dieser Frage folgen wollen.
 - 2 Das belegen einschlägige Studien beispielsweise über autoritäre Einstellungen in der “enthemmten Mitte” (Decker et al 2016) oder die “gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit” in der “gespaltenen Mitte” (Zick et al 2016).

bedeutet und wie er ins Verhältnis, zum Beispiel zur ‘Demokratie’ gesetzt wird, welche Probleme vonseiten der politischen Bildung lokalisiert werden und wie man ihnen begegnen solle – diese Fragen werden in diesem Zusammenhang kontrovers diskutiert.

Für die politische Bildung stellt sich also nicht nur die alte Frage mit neuer Brisanz, ob sie die ihr zugewiesene Feuerwehrfunktion annehmen soll. Neben der Beurteilung von Lage und Handlungsmöglichkeiten wird auch über Zweck, Auftrag und Selbstverständnis der politischen Bildung neu diskutiert. Dabei gilt es als Konsens, dass die mündige Bürgerin und der mündige Bürger das Kernziel der politischen Bildung darstellen. Nach Wolfgang Sander (2007: 43) geht es immer um eine „Anstiftung zur Freiheit“, die in der Vermittlung eines besonderen konzeptuellen Deutungswissen aus politischer Urteilsfähigkeit, politischer Handlungsfähigkeit und methodischen Fähigkeiten der selbständigen Orientierung zu politischen Fragen besteht. Die Breite dieses Begriffs spiegelt sich allerdings in der Perspektivenvielfalt und Multiperspektivität der heutigen politischen Bildung.

Die kritische Haltung der politischen Bildung gegenüber einer bestimmten Politik – in diesem Falle Rechtspopulismus – darf aber keine Selbstverständlichkeit sein, sondern ist immer auch die Frage nach der Legitimität: Warum kann, darf und soll politische Bildung den Rechtspopulismus kritisieren? Können dafür die „bewährten“ Konzepte, die zur Arbeit gegen Rechtsextremismus vorliegen, einfach „umgeschrieben“ werden? Ist Rechtspopulismus wirklich im Kern antidemokratisch, oder ist Rechtspopulismus als Ansicht innerhalb des Pluralismus demokratischer Meinungen anzuerkennen, und wie müssen dann eigentlich die Antworten der politischen Bildung aussehen?

Durch die aktuellen Erfolge des Rechtspopulismus werden Menschenrechte und die repräsentative Demokratie in Frage gestellt. Diesen Tendenzen muss selbstverständlich auch die politische Bildung entgegentreten. Die durch Rechtspopulismus initiierten Veränderungen können aber auch als Chance der politischen Bildung verstanden werden, mit vormals unerreichten Menschen ins Gespräch zu kommen. Dabei können auch gesellschaftliche Probleme, die von Rechtspopulisten ideologisch gedeutet, im Rahmen von Bildungsprozessen behandelt werden. Zum anderen kann diskutiert werden, ob die politische Bildung etwas aus der Auseinandersetzung mit populistischen Methodiken lernen kann. Katrin Stainer-Hämmerle (2017: 30; 35f) schlägt beispielsweise für die politische Bildung vor, sich in die Konkurrenz mit rechtspopulistischen Akteuren vor Ort zu begeben und eigene Konzepte mit Blick auf rechtspopulistische Praxis thematisch und stilistisch so zu modernisieren, dass selbst die Bevölkerungsgruppen –

im Falle Österreichs etwa politisch wenig informierte Jugendliche – erreicht werden können, die nachweislich erfolgreich von Rechtspopulisten angesprochen werden.

Es stellt sich somit die Frage, wie über Rechtspopulismus und dessen Gefahr für die Demokratie aufgeklärt und die Eigenständigkeit der Bürgerinnen und Bürger durch politische Bildung gefördert werden kann. Wie können demokratische und analytische Kompetenzen gebildet und gestärkt werden, welche Werte können im Rahmen von Aufklärung und demokratischer Diskussion vermittelt werden? Politische Bildung wird in diesem Zusammenhang als ‚politische Sozialwissenschaft‘ verstanden insofern sie an der Schnittstelle von gesellschaftswissenschaftlicher Theoriebildung und gesellschaftlicher Praxis des politischen Handelns arbeitet. In einer thematischen Zweiteilung steht daher im ersten theoretischen Teil dieses Buches, was Rechtspopulismus als Phänomen und Begriff für die politische Bildung bedeutet oder bedeuten kann. Im zweiten Teil folgen praktische Fragen nach Lösungen und Gegenstrategien für die Politische Bildung im Kontext des Rechtspopulismus.

Im Beitrag von Lukas Boehnke und Malte Thran geht es darum, die Defizitorientierung in Theorien zum Rechtspopulismus zu kritisieren. In den Sozialwissenschaften und in der politischen Bildung gibt es die Tendenz, begriffliche und normative Ebenen zu vermischen, indem Rechtspopulismus in verschiedenen Formen als defizitär bestimmt wird. Der Beitrag argumentiert dafür, statt einer normativen Defizitorientierung eine ideologietheoretisch fundierte, politische Analysekompetenz ins Zentrum einer mündigkeitsorientierten politischen Bildung zu stellen.

Jack Weber widmet sich in seinem Beitrag den populären Begründungsversuchen des rechtspopulistischen Erfolgs. Er kritisiert die Erklärungsmuster „Angst“, „Soziale Unzufriedenheit“, „Einfache Lösungen“, „Unzufriedenheit mit den Eliten“ und „Rattenfängerei“, da damit den rechtspopulistischen Auffassungen in unterschiedlicher Weise ihr politischer Charakter abgesprochen werde. Dagegen betont Jack Weber, dass man die nationalistischen Interpretationen von politischen Problemen ernst nehmen müsse und dass es darauf ankäme, mit Argumenten gegen Rassismus und Nationalismus anzugehen.

Leoni J. Keskinilic fokussiert in ihrem Beitrag zur Europäisierung rechter Nationalparteien die Bedeutung von Europa-Narrativen in aktuellen rechten Programmatiken und geht auch der Frage nach, wie Politische Bildung auf die Rolle eingehen kann, die Nation, Kultur und Religion für die Formulierung rechter Krisendiagnosen heute spielen. Dazu wird anhand von Positionen der AFD und des Front National (heute: Rassemblement National) nachvollzogen, wie relevante

Bevölkerungsteile aus der ‘Mitte der Gesellschaft’ angesprochen werden konnten. Mit Blick auf die Narrative marginalisierter Minderheiten in Europa wird eine für die Politische Bildung nützliche alternative Perspektive auf den Kontinent entfaltet.

In ihrem Beitrag zur These des Sozialstaatsversagens als Ursache des Erfolgs von Rechtspopulismus stellt Ina Schildbach diesen vieldiskutierten Kausalzusammenhang grundlegend in Frage. Es gebe keinen Automatismus, dass Menschen in einer benachteiligenden Lebenssituation nach rechtspopulistischen Antworten suchen. Die Verbindung beider Phänomene sei im öffentlichen Diskurs vielmehr eine „Leerstelle“. Die politische Bildung müsse rechte Argumentationen, in denen soziale in nationale Probleme verwandelt werden, kritisieren. Dazu müsse aber auch Abstand genommen werden von Sichtweisen, in denen Armut aus staatsfunktionaler Perspektive nicht mehr als Problem der Betroffenen, sondern als Problem des Gemeinwesens wahrgenommen werde.

Im ersten von drei Beiträgen zur Identitären Bewegung widmet sich Lukas Boehnke den metapolitischen Ideologien und Strategien des politischen Framings, die von dieser politischen Gruppe in einem rechten Kulturkampf um die politische Prägung und Mobilisierung junger Menschen eingesetzt werden. Im Fokus stehen dabei neben der kritischen Darstellung der identitären Identitätskonstruktion auch die Analyse typischer politischer (Um-)Deutungsangebote und Kommunikationsstrategien der Aktivisten.

Jan Batzer setzt sich exemplarisch mit popkulturell inspirierten Ästhetisierungen der Identitären Bewegung auseinander. Im Beitrag zur national-identitären Politisierung des Hipsters wird vertiefend auf die Umdeutungen kultureller Codes eingegangen. Ausgehend von der kulturwissenschaftlichen Analyse konkreter identitärer Identitätskonstruktion werden mögliche kulturelle Gegenpraktiken diskutiert, die dazu geeignet sein können, anti-identitäre Gegenbilder zu stärken und zu entwickeln.

Eva Grigori und Jerome Trebing analysieren, wie von rechten Akteuren die Strategien von offener Jugendarbeit und sozialer Arbeit für ihre Zwecke genutzt werden. Am Beispiel der Identitären Bewegung und der Gruppe Kontrakultur aus Halle (Saale) wird gezeigt, wie das nicht vordergründig ideologische ‚patriotische Streetwork‘ der Akteure in vorhandene Lücken der sozialen Arbeit stößt und zum Erfolg der rechten Gruppen beiträgt. Grigori und Trebing fordern vonseiten der professionellen Sozialen Arbeit neue Ansätze und Gegenstrategien zu entwickeln, wobei eine intensive Reflektion der Erfahrungen in den 90er Jahren mit akzeptierender Jugendarbeit erfolgen sollte.

Josef Kraft und Sofia Sboui untersuchen aus politikwissenschaftlicher Perspektive, ob und wie Linkspopulismus eine Antwort auf rechten Populismus sein kann. Die mit der verschärften Konkurrenz und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche verbundene zunehmende Spaltung der Gesellschaft wird als wichtige Ursache von Entdemokratisierungsdynamiken gefasst, zu denen der Aufstieg des Rechtspopulismus gezählt wird. Dagegen empfehlen sie eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Partizipation ungeachtet von sozialer Stellung zum Ziel hat.

Lasse von Borgen behandelt in seinem Beitrag die Frage, ob und wie Politische Bildung die Ängste der Leute ernst nehmen kann. Am Begriff des populistischen „Heartland“ wird die Paradoxie einer politisch geltend gemachten, aber zugleich nicht diskutierbaren Angst vor Gemeinschaftszerstörung als Problem für die Politische Bildung entwickelt. Neben der Durchsetzung verbindlicher demokratischer Regeln der Debatte und der Dekonstruktion rechtspopulistischer Inhalte schlägt der Autor eine Strategie der Gegenaffekte vor, die den exkludierenden Tendenzen der „Heartland“ Konzeption auf emotionaler Ebene entgegengehalten werden könne.

Nico Wangler fragt, ob eine politikwissenschaftlich fundierte Aufklärung in der politischen Bildung unter Beachtung der Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsenses ein erfolgsversprechendes Mittel im Sinne von Extremismusprävention sein kann. An vier Thesen werden begriffliche Probleme (1) und die mangelnde Unvoreingenommenheit (2) in Bezug auf Rechtspopulismus kritisiert. Die politische Bildung begeben sich in Bezug auf affektive Dynamiken rechter Ideologievermittlung in das Dilemma (3), entweder unwirksam zu sein oder ihren aufklärerischen Anspruch aufgeben zu müssen. Als Lösung (4) schlägt Wangler eine Kombination aus Menschenrechtspädagogik mit emotionalisierenden Elementen der interkulturellen Pädagogik und Diskriminierungsprävention vor.

Lara Möller setzt sich in ihrem Beitrag mit der Bedeutung des Rechtspopulismus als Katalysator verbreiteter rechter Einstellungen in der ‚Mitte‘ der Gesellschaft auseinander. Da rechte Position ihre Legitimation letztlich aus der Gesellschaft beziehen, schlägt Möller subjekt- und lebensweltorientierte Konzepte des lebenslangen Lernens vor, um Kompetenzen des methodischen Urteilens und Handelns zu vermitteln. Zur kritischen Reflexion innerhalb der Demokratie, zur Interessensartikulation und zur aktiven Partizipation mündiger Bürger*innen innerhalb einer aktiven und gelebten Demokratie schlägt Möller drei Konzepte vor, die sich der Vermittlung von Inclusive Citizenship Education, Bürgerbewusstsein und einem Konzept des Selbstreflexiven Ichs widmen.

Kai Dietrich argumentiert aus der Perspektive der kritischen Jugendarbeit für eine lebensweltlich orientierte Sozialarbeit als Strategie gegen Rechtspopulismus, in der Erzählungen und das Erzählen zu pädagogischen Zwecken mobilisiert werden. Im Kontext von Rechtspopulismus oder völkischem Nationalismus können so auf Seiten der Adressaten die Konstrukte von Demokratie und Gesellschaft erweitert und ko-produktiv neu formiert werden. Ziel erzählungsorientierter Arbeitsweisen ist es, Erzählungen und Deutungen, welche als gemeinschaftliche Erfahrungen von Auseinandersetzungen mit Wirklichkeit entstanden sind, zu reformulieren. Dadurch sollen neue Deutungsoptionen entstehen, die von den Adressaten in ihren alltäglichen Sozialbezügen implementiert werden können.

Erik Weckel stellt schließlich in seinem Beitrag ein Konzept zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung für Erwachsene im ländlichen Raum vor. Das skizzierte Konzept richtet sich an Professionelle aus dem Bereich Erwachsenenbildung und soll sie darin unterstützen, Rechtspopulismus, antidemokratische Haltungen und Positionen handlungsorientiert zu reflektieren. Inhaltlich steht dabei die Vermittlung von Haltung und Fähigkeiten im Vordergrund. In fünf Modulen wird pädagogisch systematisiert, wie die Vermittlung und Etablierung von Präventions- und Interventionskompetenzen als Querschnittsaufgabe und Arbeitsprinzip der Erwachsenenbildung umgesetzt werden können.

Literaturverzeichnis

Decker, Frank (Hrsg.) (2006): *Populismus Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): *Die enthemmte Mitte Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Leipzig: Psychosozial Verlag.

Diendorfer, Gertraud/ Sandner, Günther/ Turek, Elisabeth (Hrsg.) (2017): *Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung*. Schwalbach: Wochenschau.

Sander, Wolfgang (2007): *Politik entdecken - Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung*. Schwalbach: Wochenschau.

Stainer-Hämmerle, Katrin (2017): *Populismus und Politische Bildung*. In: Diendorfer, Gertraud/ Sandner, Günther/ Turek, Elisabeth (Hrsg.) (2017): *Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung*. Schwalbach: Wochenschau. 29-40.

Zick, Andreas /Küpper, Beate / Krause, Daniela (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Berlin: Dietz.



Defizitäre Populismusbegriffe: Von der Defizitperspektive zur ideologietheoretischen Analysekompetenz

Lukas Boehnke und Malte Thran

„Es gibt keine einfache Reduktion von Politik auf Moral - es sei denn in politischen Systemen, die politische Gegner moralisch disqualifizieren und sie mit diesem Argument aus der Politik entfernen.“

(Luhmann 2008:171)

Der Begriff Rechtspopulismus hat mittlerweile eine Alltagsrelevanz erreicht, mit ihm wird in öffentlichen Diskursen nicht nur ein bestimmtes politisches Phänomen bezeichnet, vielmehr ist mit dieser Kategorie immer auch eine Delegitimation impliziert. In der Regel bezeichnet sich niemand selbst als Rechtspopulist, dies verdeutlicht die normative Bedeutung dieser Kategorie. Von dieser vorrangig normativen Begriffsverwendung grenzen sich die Sozialwissenschaften, in denen dieser Begriff entwickelt wurde, ab. Populismus und Rechtspopulismus stellen Kategorien dar, mit denen der Anspruch verbunden ist, ein Ergebnis wissenschaftlicher Analyse distanziert und unparteilich zu bestimmen. Ausgegangen wird von den Annahmen, dass es den „Rechtspopulismus“ getrennt von seiner bewertenden Einordnung als *Gegenstand* gibt und dass mit dieser *Kategorie* dieses abgrenzbare Phänomen beschrieben werden kann. Dabei wird von verschiedenen Autoren festgehalten, dass Populismus vergleichsweise schwer zu fassen sei; auch der zugrundeliegende Begriff des Volkes bringe theoretische Schwierigkeiten mit sich (vgl. Ionescu/ Gellner 1969; Laclau 1977: 143; Canovan 1981). In Bezug auf diese Probleme fasst Karin Priester (2012) zum Beispiel ihre theoretische Auseinandersetzung mit Populismus als „Annäherung an ein Chamäleon.“ Im Unterschied zu anderen politischen Ideologien wie dem Liberalismus vertritt der Populismus keine inhaltlich einheitliche Position, auch ist die klare Abgrenzung von Populismus und etablierter Demokratie schwierig, da populistische Praktiken sich z.B. auch in Wahlkämpfen demokratischer Parteien finden.

Obwohl es der Wissenschaft also nicht oder zumindest nicht unmittelbar um Legitimation und Delegitimation politischer Auffassungen, sondern um deren Analyse geht, werden normative Logiken mit der Erklärung dieser Auffassungen reproduziert. Neben Positionen, die ausdrücklich Normativität befürworten und einfordern, gibt es auch Stimmen, wie die der Darmstädter Politikwissenschaftler Dirk Jörke und Veith Selk (2017: 11), die dies als Problem darstellen, das sich

aber, aufgrund der Verortung von Wissenschaft in der Gesellschaft, nicht vermeiden lasse. Wissenschaftler haben nicht nur eigene, subjektive Wertungen und Standpunkte, die in die Begriffsbildung miteinfließen, sie betätigen sich auch in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem bestimmte Theorien auf größere Zustimmung treffen als andere. Jörke und Selk argumentieren, dass eine Bestimmung des Populismus als „demokratiefeindlicher Theorie“ in diesem Kontext unabhängig von der Frage, ob diese Charakterisierung überhaupt zutreffend ist, auf Zustimmung trifft und damit für diejenigen, die diese These vertreten, positive Wirkungen haben kann. Sie kritisieren, dass die Moralisierung des Phänomens Rechtspopulismus durch die etablierte Politik kontraproduktiv sei, da dies dazu beitrage, dass Rechtspopulisten sich in ihrer Weltsicht bestärkt sehen (ebd.: 13).

Kritische Einwände gegen gängige Formen, Rechtspopulismus normativ zu betrachten und damit Ausgrenzungspraktiken zu verbinden, kommen auch von anderen Seiten, so u.a. aus der Systemischen Sozialen Arbeit. Johannes Herwig-Lempp (2017: 57) argumentiert, in delegitimierenden Diskursen würden die Rechte und Menschenrechte von Rechtspopulisten negiert, zudem seien „Abwehr, Ablehnung und Abwertung, [...] Diskriminierung und Dämonisierung“ unzweckmäßige, letztlich erfolglose Exklusionsstrategien. Er spricht sich für eine systemische Haltung aus, die sich um das Verstehen der Denklogiken rechter Argumentationen bemüht. So könne die Parole „Wir sind das Volk“ auch als Wunsch nach Aufmerksamkeit interpretiert werden; die Kritik an der „Lügenpresse“ sei auch als verständliche Reaktion auf eine „schlechte Behandlung durch die Presse“ (ebd.: 59) zu werten. Philipp Manow (2018: 6-9) argumentiert, dass die vorherrschende Sicht auf Populismus von einer akademischen Perspektive bestimmt sei, mit der sich über das ungehörige Benehmen des niederen Volkes echauffiert werde. Dabei werde nicht nur der Inhalt der rechtspopulistischen Kritik zu wenig berücksichtigt, sondern es gehe vor allem um Legitimitätsbestreitung, die Populismus in Stil und Formfragen überführe. In eine ähnliche Richtung zielen Per Leo, Maximilian Steinbeiß und Pascal Zorn mit ihrem Werk „Mit Rechten reden“ (2017: 37), in dem sie für eine Rückkehr auf eine Gesprächs- und Verstehensebene plädieren. Sie argumentieren, dass problematische Auffassungen durch ihre Markierung ja nicht beseitigt, sondern bestenfalls nur aus dem öffentlichen Raum entfernt würden. Diese Sichtweisen sind nicht unwidersprochen geblieben, so hat beispielsweise Stephan Lessenich (2017) an diesen Standpunkten die unrealistischen Erwartungen an die „Kraft des besseren Arguments“ kritisiert und allgemein bezweifelt, „dass man mit der Macht der Logik den Rechtsrednern den Wind aus den Segeln nehmen könne.“ Diese Position impliziert, dass man sich ohne normativen Hintergrund nicht auf rechtspopulistische Standpunkte beziehen könne; sie plädiert insofern *für* Normativität.

Die normative Beurteilungsebene ist auch insofern eine Herausforderung, als sie weder vollständig ausgeblendet werden kann und auch der vorliegende Beitrag sicherlich nicht frei von normativen Grundlagen und Implikationen ist, noch unabhängig vom Standpunkt der Wissenschaftler zu denken ist. Trotzdem bedarf es dem Anspruch nach unparteiischer, trennscharfer und präziser Begriffe, und zwar nicht nur aus Gründen einer dem Ideal nach werturteilsfreien Wissenschaftlichkeit, sondern vor allem, um ein Verständnis der Eigenlogik des Phänomens Rechtspopulismus als Grundlage für dessen kritische Behandlung in der politischen Bildung zu schaffen. Insofern ist es notwendig, die in wissenschaftlichen Begriffen des Rechtspopulismus enthaltenen moralischen Elemente von nicht-moralischen zu trennen, also die „Prozesse der Moralisierung [...] selbst zum Gegenstand der Analyse“ (Anhorn 2013: 257) zu machen. Roland Anhorn formuliert dies im Rahmen eines ideologiekritischen Ansatzes in Bezug auf den „Soziale-Probleme-Diskurs“, der sich dadurch auszeichnet, dass in ihm die „[...] in den Strukturen gesellschaftlicher Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse angelegten Widersprüche und Konflikte [...]“ in moralisierenden Diskurslogiken „[...] in soziale Sachverhalte, die primär unter dem Gesichtspunkt des Normbruchs, der Abweichung von der 'guten Ordnung' einer integrierten Gesellschaft wahrgenommen werden“ (ebd: 262) verwandelt werden.

Normbruch als Defizit

Die normative Ebene von Rechtspopulismusbegriffen besteht im Kern darin, dass Rechtspopulismus als *Bruch von bestimmten Normen* erscheint. Das bedeutet zunächst einmal, dass Rechtspopulismus als etwas bestimmt wird, was er *nicht* ist – nämlich als Nicht-Entsprechung zu einer Norm. Dieses negative Urteil wird allerdings nicht als ein Verhältnis zu einem äußeren Maßstab gedacht, sondern als die gewissermaßen „innere“ Mangelhaftigkeit des Rechtspopulismus, als *sein* Defizit vorgestellt. Kurz: Das Ungenügen am äußeren Maßstab wird in eine negative Eigenschaft der Sache, in ihr inneres Defizit verwandelt. Die Mängel, die dann dem Rechtspopulismus als seine Qualität zugeschrieben werden, drücken allerdings nur äußerliche und insofern sachfremde Beurteilungsgesichtspunkte aus; in ihrer Verschiedenheit sind sie Ausdruck der *verschiedenen* Kriterien, unter denen Rechtspopulismus wahrgenommen wird.

Am konkreten Beispiel zeigt sich, wie dieser theoretischen Konstruktion ein normativer Gehalt eigen sein kann: Nicht-Bestimmungen werden dadurch zu Defizitkonstruktionen, dass sie am Gegenstand als *fehlend*, als *sein* Mangel festgehalten werden. So lässt sich die Argumentation von Hans-Georg Betz (1994: 107) einordnen, der dem Populismus einen „Mangel an großen Visionen „attestiert. Am Gegenstand wird es als *Mangel* festgehalten, Bestimmungen zu haben, die

dieser– *nicht hat*. Dass dem auf diese Weise betrachteten Gegenstand etwas *fehlt*, geht in der Regel einher mit dem Urteil einer *Verfehlung*.

Nicht-Bestimmungen können bei der Theoriebildung in verschiedenen Weisen sinnvoll sein. Es gibt Kategorien wie z.B. „Waise“, die notwendigerweise durch die Nichtexistenz von etwas anderem bestimmt sind. Darüber hinaus können Nicht-Bestimmungen sinnvoll sein, da sie Differenzen zwischen ähnlichen Gegenständen markieren und auf diese Weise einen Gegenstand vom Anderen abgrenzen. Es kann bspw. sinnvoll sein, bei der Begriffsbestimmung des Populismus festzuhalten, dass Populisten in der Regel repräsentative Demokratie *nicht* im Prinzip ablehnen, sie sich darin von faschistischer bzw. nationalsozialistischer Politik unterscheiden (vgl. Müller 2016: 47f.; Jörke/Selk 2017: 73). Negative Bestimmungen sind aber kein unmittelbarer Beitrag zur Analyse, sondern stellen nur eine Voraussetzung für sie dar, da die Fokussierung des Gegenstands durch seine Unterscheidung von anderen erleichtert wird. Problematisch wird es allerdings, wenn die Differenz zum Wesensmerkmal erhoben wird, da der Gegenstand so mit seinem Unterschied zu Anderem identifiziert wird. Dies findet sich häufig im Kontext mit Rechtspopulismus, der als Nicht-Demokratie mit den Unterschieden zur (etablierten) Demokratie gleichgesetzt wird, ohne die Gemeinsamkeiten in Betracht zu ziehen, die mit der Demokratie bestehen.

Rechtspopulismus gilt in dieser theoretischen Sicht als Abweichung von einer „eigentlichen“, „vernünftigen“ oder „wahren“ Politik. Unabhängig vom jeweiligen Inhalt dessen, womit das Defizit konstruiert wird, rücken dadurch die logisch-positiven Ziele in den Hintergrund. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Vertreter dieser Positionen nicht ihren defizitären Charakter als Begründungszusammenhang für ihr populistisches Programm anführen, sondern diese immer Kritiken und Ziele formulieren, an die sie selbst glauben und die sie deshalb vertreten.

Insofern Defizite durch einen Vergleich mit etwas äußerlich Erwünschtem konstruiert werden, geht es der Defizitperspektive nicht um die immanente Kritik der Annahmen, Beurteilungen und Schlussfolgerungen rechtspopulistischer Auffassungen. Das ist nicht nur für die politische Auseinandersetzung, sondern auch für eine politische Bildung ein Problem, da die Abweichungslogik das theoretische Erfassen der Positionen verhindert oder zumindest erschwert. Zudem fokussiert die Defizitperspektive in der Regel *Narrationen von Differenz*, wohingegen Gemeinsamkeiten zwischen Demokratie und Populismus aus dem Blick fallen.

Rechtspopulismus als Kombination dreier Teilideologien

Im Folgenden soll am Rechtspopulismusbegriff von Cas Mudde (2017) bzw. Cas Mudde und Cristobal Kaltwasser (2017: 8; vgl. 2012b, 2013, 2017) und der aktuellen Diskussion über diesen Begriff gezeigt werden, wie dabei begriffliche und normative Elemente in einen widersprüchlichen Zusammenhang treten. Mudde bzw. Mudde/Kaltwasser haben die in der Rechtspopulismusforschung einschlägigste Definition erstellt, in dieser wird Rechtspopulismus als eine Ideologie aufgefasst, die notwendigerweise drei Elemente miteinander verbinde: Populismus, Nativismus und Autoritarismus.

- *Populismus* ist eine „dünne“ Ideologie, sie kann rechte wie linke Positionen beinhalten. Im Kern zeichne sie sich durch die Dichotomie „gutes Volk“ – „korrupte Eliten“ aus.
- *Nativismus* fasst das Bedrohungsszenario, das für die eigene Nation durch Menschen anderer Nationalität und ausländische Einflüsse im Allgemeinen entsteht.
- *Autoritarismus* schildert ein bestimmtes Politikverständnis, in dem durch strikte Durchsetzung des Gesetzes die innere Ordnung, die als bedroht wahrgenommen wird, wiederhergestellt werden muss. Man kann dieses Element des Rechtspopulismus auch so fassen, dass in der Durchsetzung des Rechts die staatliche Souveränität stets mit durchgesetzt werden müsse; dazu gehört Mudde (2017: 4) zufolge auch, dass soziale Fragen vor allem als Ordnungsfragen, als Fragen einer „harten“ Durchsetzung des Rechts betrachtet werden.

Populismus als manichäische Dichotomie

Populismus fassen Mudde/Kaltwasser (2017) als eine Heilslehre, in der sich zwei moralisch konstruierte Pole gegensätzlich gegenüberstehen. Auf der einen Seite stehe das moralisch gute Volk, auf der anderen Seite die moralisch schlechte, „korrupte Elite“. Populisten gehe es darum, gegen die „korrupten Eliten“ den Willen des Volkes in der Politik zu vertreten, ihm in Staat und Gesellschaft überhaupt erst Geltung zu verschaffen.

Diese allgemeine Bestimmung von Populismus setzt ein Urteil einer politischen Krise voraus, das der populistischen Weltsicht immanent ist. Populisten diagnostizieren eine Entzweiung oder Entfremdung von Staat und Volk, die sich, mit Jörke/Selk (2017: 96), als „kollektive Enttäuschungserfahrung“ bezeichnen lässt. Der populistische Cleavage-Befund lautet, dass die Volkssouveränität nicht

verwirklicht sei. Dies ist, wie Jörke/Selk (2017: 95) argumentieren, aber in modernen Demokratien nie der Fall. Volkssouveränität werde immer auch an anderen Prinzipien wie zum Beispiel Liberalismus und Republikanismus relativiert. Populisten messen die politische Wirklichkeit an ihrer verabsolutierten Vorstellung von Volkssouveränität und konstatieren eine grundlegende „Abweichung zwischen demokratischem Ideal und politischer Wirklichkeit“ (ebd.). Dabei ist festzuhalten, dass populistische Kritik für überparteiliche Anliegen eintritt und sich insofern auf „gültige Normen der politischen Legitimität“ beruft, die gegen systematisch begriffene Korruption ins Feld geführt werden (Jörke/Selk 2017: 67f). Populismus ist insofern weder per se undemokratisch, noch notwendigerweise verfassungsfeindlich. Populismus ist stets eine Form der Opposition, in welcher der in demokratischen Auseinandersetzungen gängige Konsens konkurrierender politischer Interessen grundsätzlich aufgekündigt ist. Während sich in demokratischen Diskursen Konkurrenten um Ämter und Posten in der Regel gegenseitig zugestehen, das allgemeine Wohl zu verfolgen, behaupten Populisten, dass konkurrierende Parteien und Politiker dieses Wohl gar nicht anstreben würden. Die regierenden Parteien scheitern in dieser Sicht nicht aufgrund von Unvermögen, fehlender Fähigkeiten oder Fehlern, sondern aufgrund eines falschen Willens. Populisten bestreiten ihren Konkurrenten um die Macht die „gute Absicht“ zu verantwortlicher Politik.

Die Kategorie „Korruption“ ist in diesem Kontext in einem weiteren Sinne zu fassen, es geht nicht nur um (systematische) Fälle privater Vorteilsnahme eines „volksfernen Establishment“, womit der Bruch des Allgemeinwohls durch Verfolgung von Privatinteressen der Politiker angeprangert wird. Die vorgestellte Volksfeindlichkeit der Eliten kann sich in rechtspopulistischen Erklärungsmustern auch in „unnationalen“ Ideologien wie z.B. einem zu kosmopolitisch gefassten Allgemeininteresse manifestieren. Die Eliten würden das Volk „verraten“, sie würden dabei mit „Fake News“ von einer „Lügenpresse“ flankiert, die absichtlich die Unwahrheit sage, um dem Volk zu schaden (vgl. Müller 2016: 63). Den Eliten wird das Volk mit einer grundsätzlich positiven moralischen Qualität gegenübergestellt, es wird die „Rechtschaffenheit des kleinen Mannes“ gegen ein moralisch verkommenes Establishment hochgehalten (Holtmann/Krappidel/Rehse 2006: 71). Diese moralisierende Erklärung ist bereits der Kern jeder Verschwörungstheorie, die mit Groh (1992: 304) als Ausdruck einer Bewältigung von „Krisensituationen“ betrachtet werden kann, in denen ein als unverdient interpretiertes Unrecht durch eine feindliche Gruppe mit „bösen“ Absichten erklärt wird. Diese Deutung geht von der Vorstellung eines harmonischen Miteinanders in Nationen aus, in der alle berechtigten Interessen in der Nation und die Interessen der Nation gleichsam aufgehen. Probleme aller Art, auch soziale, werden insofern als Ausdruck einer gestörten Harmonie eingeordnet, und diese Störung wird erklärt aus einem volksfeindlichen Willen der Elite der Nation.

Populisten leiten aus dieser Krisendiagnose ihren fundamentalen Anspruch ab, die Nation wiederherzustellen, indem sie die verlorene Volkssouveränität im Staat wieder realisieren. Populisten sind also unabhängig von der politischen Differenzierung nach „links“ oder „rechts“ immer national, da es ihnen um die Wiederherstellung der *gestörten Einheit* der Nation geht (vgl. Decker/Lewandowsky 2009: 2). Der aus der Krisenanalyse populistischer Opposition heraus formulierte Claim schließt dabei mit ein, das *gesamte* Volk als ein einheitliches zu repräsentieren. Populismus lässt sich mit Reckwitz (2017: 414) als eine „Form des Politischen“ bestimmen, die eine unmittelbare Identität von Volk und Staat anstrebt. Die populistische Vorliebe für Plebiszite kann ebenso als Beleg dafür herangezogen werden wie die Parole „Wir sind das Volk“. Müller (2016: 88f) argumentiert, dass Populisten gewissermaßen das Ideal einer differenzlosen Repräsentation verfolgen, in der paradoxerweise Repräsentant und Repräsentierte möglichst identisch werden wird. Die Behauptung von Volkssouveränität gegen undemokratische Strukturen oder koloniale Repression kann unter Umständen auch als Kampf um Demokratie (wie z.B. in der Vorwendezeit in der DDR) oder als Kampf um nationale Unabhängigkeit gefasst werden. Dies verdeutlicht, dass man Populismus als begriffliche und nicht als normative Kategorie fassen muss. Denn eine Behauptung von Volkssouveränität gegen „korrupte Strukturen“ kann unabhängig von einer Beurteilung der jeweiligen politischen Ausgangslage nicht als undemokratisch oder anderweitig „falsch“ gekennzeichnet werden.

Zusammengefasst lässt sich, auf einer begrifflichen Ebene, Populismus mit der Dichotomie „gutes Volk“ – „korrupte Eliten“ sinnvoll beschreiben. Die Schwierigkeit der Beurteilung von Mudde bzw. Mudde/Kaltwasser liegt aber darin, dass der dem Populismus immanente Gegensatz von Volk und Eliten als „manichäisch“, als Heilslehre gefasst wird. Einerseits ist mit der Kategorie „Heilslehre“ der moralisierende Charakter der Dichotomie „gutes Volk“ – „korrupte Eliten“ treffend gekennzeichnet. Andererseits aber wird mit dieser Bezeichnung der politische Gehalt sakralisiert und dadurch implizit entpolitisiert. Dies ist insofern ein Problem, als damit Populismus in die Nähe eines bloßen Glaubens gerückt wird, worin ihm ein unpolitisch-defizitärer Status zugewiesen wird. Populismus erscheint am Maßstab sachlich-rationaler Politik gemessen als „bloßer“ Glaube, als unsachliche Weltanschauung.

Homogenität als „Antipluralismus“

Defizitkonstruktionen finden sich auch im Zusammenhang mit der Kategorie der Homogenität. Im Populismus werden alle Mitglieder des Volkes als *gleichartige* gefasst. Die Gleichartigkeit kann sozial über eine vermeintliche oder wirkliche identische soziale ökonomische Lage (z.B. „hard working americans“) oder kulturell über eine (vermeintlich) einheitliche nationale Identität konstruiert werden (Reckwitz 2017: 415). Populisten verstehen sich als Ausdruck dieser einheitlichen Volkseigenschaft, die sie gegen das Establishment verteidigen, das am Ideal des Volkes blamiert wird.

Mudde/Kaltwasser (2013: 499) kritisieren die „monistische Perspektive“ des Populismus, in der die Vielfalt von Gruppen und gesellschaftlichen Interessen ausgelöscht werde. Dass Populisten eine Homogenität des Volkswillens unterstellen, ist nicht zu bestreiten. Problematisch wird es allerdings, wenn diese Homogenitätskonstruktion als „antipluralistisch“ bestimmt wird (vgl. Manow 2018: 6f). „Antipluralismus“ ist einerseits für Populisten kein Problem; wenn sie das „gute“ Volk den „korrupten“ Eliten gegenüberstellen, gibt es *für sie* offenbar eine moralische Gleichartigkeit im Volk. Andererseits ist fraglich, ob Populisten tatsächlich gegenüber dem Pluralismus grundlegend negativ eingestellt sind, oder ob sie nicht vielmehr eine *eigene* Pluralismuskonzeption vertreten; zu dieser kann eventuell auch der Ethnopluralismus zählen, der im vorliegenden Beitrag nicht weiter untersucht wird. Insofern Populisten sich, im Unterschied z.B. zum Faschismus, innerhalb demokratischer „Spielregeln“ betätigen, ist die Annahme einer vollständigen Ablehnung des Pluralismus zudem unlogisch.

Das analytisch interessante Spannungsverhältnis zwischen Pluralismus und Populismus, wie auch zwischen Populismus und demokratischer Wahl wird mit der Kategorie „antipluralistisch“ einseitig aufgelöst. Populismus erscheint so lediglich als Verstoß gegen den Wert des Pluralismus. In diesem Sinne ist auch die Argumentation von Jan-Werner Müller (2016: 44ff) zu hinterfragen: Populisten hätten, so Müller, einen „Alleinvertretungsanspruch“ für einen Volkswillen. Da dieser allerdings in der Realität nicht homogen, sondern pluralistisch verfasst ist, seien Populisten immer „antipluralistisch.“ Problematisch ist an dieser Schlussfolgerung auch, dass damit Populismus an einem Maßstab konstruktiver Konkurrenz, konstruktiven Mitwirkens bei der Gestaltung des Allgemeinwohls gemessen wird, den Populisten – aufgrund ihrer Krisendiagnose – gerade ablehnen. Populisten argumentieren nicht selten so, dass sie ihre Position als Ausdruck der Meinungsfreiheit interpretiert sehen wollen, diese Selbstlegitimation impliziert ein Bekenntnis zum Pluralismus, nicht dessen generelle Ablehnung. Zudem begründen die Populisten ihren Wunsch nach Beschränkung des existenten Pluralismus

meist damit, dass volksfeindliche Positionen aus ihm ausgeschlossen werden sollten; auch dies ist keine prinzipielle Ablehnung des Pluralismus. Man kann daher nach beiden Seiten hin betrachtet „Antipluralismus“ nicht als Wesensmerkmal des Populismus festhalten. Das bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass von einem demokratischen Standpunkt die Homogenitätsvorstellungen der Populisten nicht kritisiert werden können. Es muss vielmehr differenziert werden zwischen einem *Unbehagen mit Populismus*, das aus demokratietheoretischer Sicht formuliert werden kann und muss, und Eigenschaften, die den Populismus *an und für sich* charakterisieren.

Symbolische Repräsentation als Empiriedefizit

Populisten unterstellen einen einheitlichen, „wahren“ Willen, den sie - mit „Mut zur Wahrheit“ - zu vertreten behaupten (vgl. Müller 2016: 49). Müller (ebd.) kennzeichnet diese Form der Repräsentation als symbolische, da nicht der empirische Wille des Volkes vertreten werden solle, sondern ein Bild eines „eigentlichen“ Volkes – ein Volksideal. Dieses ideale Volk sei keine gegebene Größe, sondern müsse, so Müller, immer erst entlang verschiedener Unterscheidungskriterien definiert werden. Die notwendige Kehrseite dieses Definitionsprozesses sei ferner, dass empirische Teile des Volks als nicht dem Volksideal entsprechendes (Un-)Volk betrachtet würden (ebd.: 130). Wenn es „wahre“ Amerikaner und „echte“ Deutsche gebe, dann auch „falsche“ und „unechte.“ Hier besteht tatsächlich ein zentraler Unterschied zur Repräsentationsvorstellung demokratischer Politik. Während demokratische Politiker ihre Repräsentationsansprüche auf das empirische Volk beziehen und sich insofern von Wahlen als Ausdruck des Volkswillens in ihren Ansprüchen „korrigieren“ lassen, stellen Populisten, so Müller, bei Wahniederlagen eher das demokratische Prozedere sowie dessen Bedingungen in Frage stellen. So retten sie damit angesichts „falscher“ Wahlergebnisse ihr *Ideal* vom Volk gegen dessen (vermeintliche) Unterdrückung, Verführung bzw. allgemeiner formuliert mangelhafte Realisierung (ebd: 63ff).

Die von Müller (2016: 88, 130) charakterisierte symbolische Repräsentation bezieht sich letztlich nicht auf einen empirischen Willen, sondern auf eine wilensunabhängige Wesenheit, einen moralisch intakten „Volksgeist“, der in einem „Heartland“ (vgl. Taggart 2000; Mudde/Kaltwasser 2017: 9) verortet wird. Populisten charakterisieren den Volkswillen meist über Zuschreibungen wie „Tugend und harte Arbeit“ (Müller 2016: 52), sie argumentieren für moralische Werte (Decker 2017: 16). Es ist an dieser Stelle wichtig, darauf hinzuweisen, dass es tatsächlich auch und gerade in liberalen Demokratien eine gelebte Moral bzw. Sittlichkeit gibt, im Sinne einer wahrgemachten Fiktion eines einheitlichen Volkswillens, eines gelebten und insofern auch in bestimmten Formen wahrgemachten

Glaubens an eine nationale Gemeinschaft. Auf diese Vorstellungen beziehen sich Populisten als Berufungsinstanz. Die Betonung, dass die von Populisten zu repräsentierende Größe rein konstruiert sei oder sogar *überhaupt nicht* existiere (vgl. Mudde/Kaltwasser 2013: 501), widerspricht auch dem Umstand, dass Teile des Volkes diesen Repräsentationsansprüchen durch die Wahl recht geben. In der gelebten Sittlichkeit eines Volkes sieht sich der Glaube an einen vorstaatlichen Volksgeist bestätigt, auf den sich Populisten als Legitimation für ihre Politik beziehen. Diese besondere Form der Legitimation von Populisten gilt, gemessen an normativen Vorstellungen der etablierten Demokratie, als *defizitäre Repräsentation*. Der Hintergrund dieser Defizitkategorisierung liegt in der mit ihr geleisteten Legitimationsbestreitung. Zusammengefasst beanspruchen Populisten somit, ein (gelebtes) Volksideal, die Moralität des Volkes zu vertreten, wohingegen die etablierten demokratischen Repräsentationsvorstellungen ihre Legitimität aus einem (messbaren) Wählerwillen beziehen. Allerdings sollte dabei nicht vergessen werden, dass auch die etablierte demokratische Repräsentationsidee nicht moralfrei ist, was sich zum Beispiel an den nur ihrem „Gewissen“, also einer moralischen Kategorie, verpflichteten Parlamentariern illustrieren lässt.

Populistische Politik beansprucht für sich, der Ausdruck eines Volksideals zu sein und aus diesem konkrete Politik abzuleiten. Die besondere Fähigkeit des populistischen Politikers liegt diesem Selbstverständnis zufolge weniger in der *Führung* eines Volkes, als darin, den im Grunde guten Willen des Volkes zu erkennen, abzubilden, ihn zu artikulieren und im Staat geltend zu machen (Müller 2016: 47). Bereits an dieser Deutungsnotwendigkeit eines offenbar der Deutung noch bedürftigen Volkswillens zeigt sich, dass Populisten sich auf eine ‚symbolische Substanz‘ beziehen. Dass die Deduktion einer konkreten Politik aus dieser ‚Substanz‘ nicht nur von Populisten, sondern auch ihren Wählern geglaubt wird, verweist aber eben auch darauf, dass diese Substanz offenbar *ideologisch existent* sein muss. Dies wird von der Vorstellung des Empiriedefizits bestritten – es wird die kontrafaktische Behauptung aufgestellt, dass das Repräsentationsverhältnis von Populisten und ihren Wählern eigentlich gar keines sei.

Dass der populistische Repräsentationsanspruch ideologischer Natur ist, bedeutet also, dass er nicht nur eine bloße „falsche Annahme“ ist – er ist vielmehr „wahr und zugleich falsch“ (Eagleton 2000: 25). Das Volk, auf das er sich bezieht, begreift sich schließlich selbst als ein durch eine nationale Identität bestimmtes – die Konstruktion einer jenseits von Schicht und Klasse liegenden Gemeinschaftlichkeit ist kein bloßes Hirngespinnst populistischer Ideologen. Bezogen wird sich auf einen tatsächlich vorhandenen Glauben des Volkes, das dieses Homogenitätskonstrukt in verschiedenen Handlungen, nicht nur anlässlich von Fußballweltmeisterschaften, im gesellschaftlichen Alltag *lebt* (vgl. Eagleton 2000: 27-31ff.; vgl. Billig 1995).

Nativismus als besondere Form des Nationalismus

Aus Populismus wird Cas Mudde (2017a: 4) zufolge Rechtspopulismus, wenn zum Gegensatz Volk-Elite noch zwei weitere Bestimmungen hinzutreten, nämlich *Nativismus* und *Autoritarismus*.

Der Begriff Nativismus wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt, um das Paradoxon zu charakterisieren, dass ein Einwanderungsland feindlich gegenüber Einwanderern sein kann (vgl. Peter 2015: 797). Nativistische Konstruktionen der Nation werden dabei meist als Gegenteil von vermeintlich „offeneren“ nationalen Identitätskonstruktionen vorgestellt. Jeder Nationalismus ist allerdings insofern ausgrenzend, als er Menschen entlang des Kriteriums der Zugehörigkeit zur Nation einteilt und damit auch Privilegierungen und Diskriminierungen verbindet. Durch seinen notwendig exklusiven Charakter wird Nationalismus allerdings noch nicht zum Nativismus, denn erst die Feindseligkeit gegenüber fremden Nationszugehörigen ist dafür konstitutiv (Mudde 2017: 4). Nativismus enthält stets die Beurteilung fremder Nationen bzw. nationaler Identität als Bedrohung für die eigene Nation bzw. die eigene nationale Identität und strebt daher Verhältnisse an, in denen Nationalstaaten rein von Mitglieder der jeweiligen Nation bevölkert sind (Mudde/Kaltwasser 2013: 502).

Ein Kernelement von Nativismus ist nationale Identität. Diese stellt die Konstruktion einer willensunabhängigen Zugehörigkeit zu einer Nation dar, die insofern immer einen naturalisierenden und determinierenden Charakter aufweist. Dabei ist keine einfache Entscheidung zur Zugehörigkeit gemeint, die sich von Kalkulationen oder Argumenten leiten lässt, sondern vielmehr „ist“ man Deutscher, Amerikaner usw., die Zugehörigkeit zur Nation ontologisiert. Nationale Identität enthält somit zwar eine Parallele zum Hoheitsakt, der mit Staatsbürgerschaft verbunden ist, und diese liegt in der bedingungslosen Zurechnung zu einem politischen Kollektiv. Hier ist mit Thorsten Mense (2016: 93) darauf hinzuweisen, dass in Bezug auf Flucht und Migration mit dem Pass „ein bedrucktes Stück Papier über Leben und Tod entscheiden kann.“ Während Staatsbürgerschaft aber eine Bestimmung der *Relation* Staat-Bürger ist, wird in der nationalen Identität die Zugehörigkeit zur Nation als Bestimmtheit des Nationszugehörigen selbst imaginiert.

Man kann nationale Identität als eine Form fassen, wie „unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung“ ein „kameradschaftlicher Verbund von Gleichen“ vorgestellt wird (Anderson 1996: 17), somit als abstrakte Gemeinschaft. Auch in der Frage, ob sich die Politik der Pflege und Betreuung dieser Identität annehmen solle, besteht keine Differenz zu etablierter demokratischer Politik. Auch wenn es konkurrierende Annahmen über den Inhalt von Identität und mitunter auch die

Vielfältigkeit als der Inhalt dieser Identität gedacht wird, was die Identität ausmachen soll, so muss jede Identitätskonstruktion der Form nach homogen sein - denn schließlich soll sie das einigende Band aller Zugehörigen zur Nation sein, muss also allen gleichermaßen und als gleiche Qualität zukommen.

Natur als Form und Gesellschaft als Inhalt

Insofern nationale Identität immer eine Gleichförmigkeit aller Mitglieder der Nation postuliert, und diese Gleichförmigkeit nicht in Willensakten, sondern in Eigenschaften gegeben sei, ist nationale Identität immer homogen. Es ist hier sinnvoll, zwischen der Form der nationalen Identitätskonstruktion und ihrem Inhalt zu unterscheiden. Während der Form nach jede Identitätskonstruktion als Naturkonstruktion gedacht wird, sind moderne Vorstellungen von Identität dem Inhalt nach meist nicht naturalistisch. Liberale bzw. demokratische Identitätskonstruktionen, zu denen auch (rechts-)populistische zu zählen sind, unterscheiden sich von faschistischen bzw. rechtsextremistischen darin, dass im engeren Sinne rassistische Kategorien (z.B. „Blut“) nicht gewählt werden. Mense (2016: 47) unterscheidet zwischen einer „ethnic nation“ und einer „civic nation“, wobei er in der ethnischen Nation auch Kultur als Merkmal fasst, wohingegen in der politischen Nation – wie sie nach der Revolution in Frankreich vorgestellt wurde – die Zugehörigkeit als Willensleistung betont werde, die auf der Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Gesellschaft gründe.

Kultur als Kriterium der nationalen Identität ist einerseits, im Vergleich zu rassistischen Identitätskonstruktionen, eine veränderliche Größe (vgl. Lewandowsky 2017: 7). Allerdings bekommt Kultur, wenn sie Identität begründen soll, notwendigerweise eine neue Qualität, und zwar nicht nur, weil damit Bestimmungen von gesellschaftlicher Subjektivität naturalisiert werden, sondern auch, weil damit ein nationaler Kulturbegriff gedacht wird. Welsch (2010) hat diesen als „Kugelmodell“ gekennzeichnet, mit dem eine reine, von äußeren Einflüssen uninspirierte „Nationalkultur“, eine Homogenitätsfiktion“ gedacht werde.

Auch Steinfeld (2018) kritisiert die Essentialisierung von Kultur, er argumentiert, dass dadurch „etwas gesellschaftlich Erworbenes, also Kultur, in etwas natürlich Vorausgesetztes“ umgedeutet werde. Das „Branding“, das sich Nationen aufgrund ihrer Gleichartigkeit als unterscheidendes „Alleinstellungsmerkmal“ suchten, sei mit dem Bestreben von Marketingexperten zu vergleichen, austauschbaren Waren im Interesse ihrer Vermarktung eine vermeintlich einzigartige Besonderheit anzuhängen.

Das Bestreben, eine nationale Identität zu definieren, die unverwechselbar die besondere Eigenart der jeweiligen Nation darstelle, sei insofern immer auch als Reflex auf die Austauschbarkeit von modernen Nationen hin zu betrachten, die in ihren allgemeinen Wesenszügen gerade nicht einzigartig seien.

Bedrohte Identität

Demokratische und rechtspopulistische Sichtweisen auf nationale Identität unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch in Bezug darauf, inwieweit diese Identität als verwirklicht bzw. gefährdet betrachtet wird. Während in demokratischen Nationskonzepten die Identität des Volkes als erfolgreich verwirklicht gesehen wird, betrachten Rechtspopulisten diese Gemeinschaft als bedroht. Der Nativismus begreift Identität dabei nicht nur als durch innere, sondern vor allem durch äußere Einflüsse bedroht. Eine wesentliche Besonderheit rechtspopulistischer Betrachtung von nationaler Identität liegt darin, dass das Verhältnis der eigenen zu anderen Nationen als ein tendenziell gegensätzliches gefasst wird. Rechtspopulisten gehen von einer feindlichen „Umwelt“ aus, in der das Volk durch ein feindliches Ausland bzw. Ausländer bedroht werde, dass es also um Verteidigung bzw. Selbstbehauptung des Volkes in verschiedenen Politikfeldern gehen müsse.

Rechtspopulisten ergreifen daher für die Verteidigung der Grundlagen der Nation Partei. Sie plädieren generell für die Selbstbehauptung des eigenen Volkes und „seines“ Staates gegen schädliche Elemente, die mit ihrer abweichenden Eigenart die Ordnung und das Volk in seiner Reinheit stören. Dabei zeichnet sich der Nativismus durch einen inneren Widerspruch aus. Schädliche äußere Einflüsse bedrohen die Identität, die insofern als flexibel und fluktuierend, als durch Äußeres beeinflussbare gedacht wird. Probleme und Störungen der Nation erklären sich in dieser Sichtweise aus einer identitätsstörenden oder -zerstörenden Anwesenheit von Individuen mit der falschen, nicht-eigenen Identität (Vgl. Boehnke/Thran 2015: 195). Zugleich aber ist sie so starr, unabänderlich und nicht-übertragbar, dass Vorstellungen der Integration als nur schwer möglich oder sogar als unmöglich beurteilt werden. Die Widersprüchlichkeit einer Identität, die ihre Mitglieder nicht nur immer noch suchen, sondern auch beständig verteidigen müssen, zeigt sich auch darin, dass es staatliches Wirken braucht, um sie im Inneren zu schützen. Wenn nämlich nur aufgrund hoheitlicher Politik das „Wesen“ des Volkes realisiert werden kann, dann ist es offenbar nicht an und für sich bereits dies „Wesen“, dann handelt es sich gerade nicht um ein staatsunabhängiges „so-sein“ einer bestimmten Gruppe.

Nativismus als defizitärer Nationalismus

Es gibt verschiedene Formen, in denen die spezifisch rechtspopulistische Identitätskonstruktion als defizitär gefasst wird. Zum einen wird betont, dass der moderne Nationsbegriff über Vorstellungen von Rasse bzw. Natur hinaus sei. Dort, wo Rechtspopulisten nicht kulturalistisch, sondern naturalistisch argumentieren, wird ihnen dies als Abweichung von einem modernen Begriff von Nation entgegengehalten. Zugleich gilt das Bild einer grundsätzlichen Gegensätzlichkeit von nationalen Identitäten als defizitär, da Vielfalt als Wert anerkannt zu werden habe, obwohl Vielfalt und deren Begrenzung in der Nationszugehörigkeit sich notwendig widersprechen. Problematisch werden diese Defizitkonstruktionen, weil sie zum einen die Gemeinsamkeiten zwischen demokratischen und populistischen Identitätsvorstellungen übersehen und zum anderen dem Rechtspopulismus Bestimmungen anlasten, die demokratischen Vorstellungen ebenso immanent sind.

Dass kulturessentialistische Vorstellungen gar nicht so weit entfernt sind von Vorstellungen des Deutsch-seins als Einheit in Vielfalt, wird auch in Defizitkonstruktionen übersehen, die „chauvinistische“ Abwertungen als zu kritisierende Bestimmungen in den Vordergrund rücken (vgl. Wodak 2016: 64). Nativismus erscheint in dieser Perspektive nicht als eigenlogische Konstruktion von nationaler Identität, sondern als Abweichung von einer „richtigen“ Identität und einem „richtigen“ Verhältnis von nationalen Identitäten, das in einem Anerkennungsverhältnis anstelle eines Gegensatzverhältnisses bestünde. Von der Kritik ausgeklammert wird damit die als selbstverständlich gedachte Differenzierung von Menschen nach Nationszugehörigkeit und die Verwandlung der nationalen Differenzkategorie in eine Identität, in ein gruppenspezifisches Wesensmerkmal der so unterteilten Menschheit.

Autoritarismus

Das dritte Element, das Mudde (2017: 4) zufolge für den Rechtspopulismus konstitutiv ist, ist der Autoritarismus. Dieser wird als Glauben an eine hart durchgesetzte Ordnung verstanden, in der mittels „law and order policies“ (ebd.) Vergehen hart bestraft werden. Auch bei diesem Element sind begriffliche und defizitorientierte Sichtweisen miteinander verschränkt. Auf begrifflicher Ebene lässt sich festhalten, dass der Wunsch nach restriktiver Durchsetzung der Ordnung von einer Lagebeurteilung ausgeht, in der die Ordnung – und die sie schützende Instanz – als bedroht betrachtet werden. Der autoritäre Politiker, der autoritäre Staat soll deshalb mit seiner Macht die Ordnung nach innen durchsetzen und vor äußeren Einflüssen schützen, die Macht ist insofern kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit der Verteidigung einer Ordnung, die in der Demokratie nicht bzw.

nicht in dieser grundsätzlichen Weise in Frage gestellt gesehen wird. Dass es an dieser Ordnung im Volk ein Bedürfnis gibt, lässt sich, angesichts der Betrachtung einer gefährdeten Ordnung, dann auch als Sehnsucht nach einer „harten Hand“ von unten denken, die die Ordnung gegen widerständige Elemente durchsetzt. Dieses Bedürfnis, dies haben die Mitte Studien gezeigt (Decker/Kies/Brähler 2015: 14), ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Es kann also zusammengefasst von Autoritarismus auf zwei Ebenen gesprochen werden, zum Einen gibt es einen politischen Autoritarismus, der auf der Ebene des Staates vorliegt, zum Anderen den psychologischen Autoritarismus bzw. „autoritären Charakter“, der auf der Ebene der Individuen verortet liegt.

So wie auch im Kontext mit Nativismus eine mangelhafte Identitätsvorstellung als Defizit der Rechtspopulisten konstruiert wird, so wird auch der Autoritarismus als mangelhaftes Verhältnis von Volk und Staat gedeutet. Der Konflikt zwischen der Aufrechterhaltung einer bestehenden und der Durchsetzung einer nicht oder nur teilweise bestehenden Rechtsordnung, der sich u.a. auch im Strafmaß („drakonische Strafen“) geltend machen kann, wird in dieser Sicht dann als Unrecht bzw. als Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit gedeutet. Dadurch wird die Infragestellung der Ordnung, die Rechtspopulisten als gegebene Lage sehen, implizit abgestritten.

Defizitperspektiven in der politischen Bildung

In der politischen Bildung gibt es die Tendenz, Rechtspopulismus als Defizitphänomen zu betrachten. Am Beispiel des Leitfadens „Rechtspopulismus durchschauen und Paroli bieten“ von Katrin Matuschek und Sarah Morcos (2016: 1) lässt sich verdeutlichen, wie Rechtspopulismus im Sinne einer Defizitperspektive problematisiert wird.

„Rechtspopulistische Argumentationsstrategien sind häufig antidemokratisch, antielitär, antipluralistisch und menschenfeindlich und berufen sich meist auf Verschwörungstheorien. Populismus ist u.a. ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen und gibt vereinfachende Antworten auf komplexe Probleme. Dabei funktioniert Populismus emotional und nicht rational. [...] Denken, Handeln und Sprache von Rechtspopulist_innen richten sich gegen unsere pluralistische, demokratische und offene Gesellschaft. Rechtspopulist_innen markieren die Grauzone zwischen demokratisch-konservativ und rechtsextrem. Populisten benutzen eine aggressive Rhetorik und konstruieren ein »Wir gegen die!«, das verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt.“ (Matuschek/Morcos 2016: 1)

Der Leitfaden argumentiert mit einer deutlichen Konfrontation von Demokratie, Rationalität und Wahrheit auf der einen und Rechtspopulismus, Emotionalität und Lüge auf der anderen Seite. Am Rechtspopulismus wird der Bruch von Normen der Demokratie festgehalten, er wird mit Defizitkategorien als feindseliges